

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Autorenverzeichnis	XXIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Teil 1 Landesberichte	1
1. Kapitel Fragebogen: Aggregation der maßgeblichen Rechtsfragen zur Familienvermögensplanung	1
I. Phase 1: Eingehen einer Beziehung – Lebensgemeinschaft und Ehe	1
II. Phase 2: Jungfamilie mit minderjährigen Kindern	2
III. Phase 3: Beendigung der Beziehung – Ehescheidung und Auflösung einer Lebensgemeinschaft	3
IV. Phase 4: Familie mit volljährigen Kindern und Vorbereitung der Vermögensnachfolge im Hinblick auf das künftige Ableben des Lebensgefährten/Ehepartners/Elternteils	5
V. Phase 5: Familie nach dem Ableben des Lebensgefährten/Ehepartners/Elternteils	8
2. Kapitel Länderbericht Deutschland	9
I. Phase 1: Eingehen einer Beziehung – Lebensgemeinschaft und Ehe	13
A. Wann beginnt die Lebensgemeinschaft (auch „Familiengründung“) im Rechtssinn?	13
1. Gibt es eine allgemeine gesetzliche Definition der Lebensgemeinschaft, welche Voraussetzungen sind maßgeblich?	13
2. Bestehen unterschiedliche Voraussetzungen zwischen Ehepartnern und Lebenspartnern im Hinblick auf maßgebliche Rechtsgebiete?	13
B. Welche vermögensrelevanten Rechtswirkungen hat das Eingehen einer Lebensgemeinschaft?	14
1. Bestehen gesetzliche Rechtsfolgen (Güterstand, Unterhaltpflicht etc)?	14
a) Entstehen mit dem Eingehen einer Lebensgemeinschaft allgemeine Treue- bzw Beistandspflichten?	14
2. Welche Möglichkeiten zur vertraglichen Regelung der Vermögensverhältnisse bestehen für die Lebensgemeinschaft („Partnerschaftsvertrag“)?	15
C. Wie wird die Erbringung vermögenswerter Leistungen eines Lebensgefährten an den anderen Lebensgefährten, für die nicht unmittelbar eine äquivalente Gegenleistung erbracht wird, rechtlich qualifiziert und ausgeglichen?	17
D. Welche vermögensrelevanten Rechtswirkungen hat die Eheschließung?	19
1. Welche gesetzlichen Rechtsfolgen treten ein?	19
a) Was ist der gesetzliche Güterstand?	19
b) Welche gesetzlichen Rechtsfolgen treten bei aufrechter Ehe ein?	
Bestehen Verfügungsbefugnisse für die eheliche Gemeinschaft?	20
c) Bestehen Beschränkungen der individuellen Verfügungsfreiheit der Ehepartner während aufrechter Ehe?	20
d) Wie ist das Unterhaltsrecht in der aufrechten Ehe ausgestaltet?	22

2. Welche Möglichkeiten zur Abweichung von den gesetzlichen Rechtsfolgen und zur vertraglichen Regelung der Vermögensverhältnisse bestehen für die Ehe („Ehevertrag“)?	22
3. Bestehen institutionalisierte Mechanismen zur Aufklärung über die gesetzlichen Rechtsfolgen der Ehe und die Abweichungsmöglichkeiten dazu?	28
4. Abmilderung der Gütertrennung bei Erbringung von Leistungen eines Ehegatten an den anderen: Ehegatteninnengesellschaft, Aufteilungsverfahren	28
E. Welche Gestaltungsmöglichkeiten bestehen für eine „gute“ Mitwirkung des Lebensgefährten/ Ehepartners im Familienunternehmen?	33
1. Gibt es gesetzliche Regelungen oder höchstrichterliche Rsp für die Beteiligung von Lebensgefährten/ Ehepartnern bei der Beteiligung am Unternehmen?	33
a) Eigentumsverschaffung	33
b) Machtverschaffung	35
2. Praktisches Vorgehen	37
F. Welche Möglichkeiten bestehen, durch gesellschaftsrechtliche Gestaltung auf die vermögensrechtliche Gestaltung zwischen Gesellschaftern und ihren Partnern Einfluss zu nehmen?	38
1. Zulässigkeit und Inhalt von „Güterstandsklauseln“ in Gesellschaftsverträgen	38
II. Phase 2: Jungfamilie mit minderjährigen Kindern	40
A. Inwieweit besteht ein gesetzliches Unterhaltsrecht von Minderjährigen? ..	40
1. Voraussetzungen, Ausmaß, Dauer etc	40
2. Bestehen Unterschiede für eheliche, uneheliche, adoptierte Kinder?	48
3. Zeigt die Ungleichbehandlung von Kindern beim gewährten Unterhalt (über das gesetzliche Maß hinaus) Rechtsfolgen nach sich?	49
B. Wie ist der sonstige vermögensrechtliche Rahmen für Minderjährige gestaltet?	50
1. Staatliche Mechanismen zum Schutz des Kindesvermögen	52
a) Ausschluss der Vertretungsmacht	53
b) Beschränkungen der Vertretungsmacht	55
c) Haftungsbeschränkung	57
2. Schutz vor Missbrauch, § 1666 BGB	57
3. Beschränkung der Vertretungsmacht durch privatautonome Gestaltung, §§ 1638 ff BGB	58
C. Welche Möglichkeiten bestehen zur Absicherung des Elternteils, welches aus Anlass der Geburt von Kindern nicht mehr voll am Berufsleben teilnehmen kann?	59
III. Phase 3 – Beendigung der Beziehung Ehescheidung und Auflösung einer Lebensgemeinschaft	60
A. Wie ist der grundlegende Rechtsrahmen für die Scheidung einer Ehe gestaltet?	60
1. Welche Möglichkeiten bestehen zur einseitigen Durchsetzung einer Scheidung (Scheidung aus Verschulden, Scheidung nach Trennung/Auflösung der häuslichen Gemeinschaft etc)?	60
a) Zur einvernehmlichen Scheidung:	60
aa) Voraussetzungen?	60
bb) Bestehen institutionalisierte Mechanismen für die außergerichtliche Herbeiführung einer einvernehmlichen Scheidung (Schiedsgerichtsbarkeit, Mediation, Schlichtungsstellen etc)?	62

B.	Welche vermögensrelevanten Rechtswirkungen zieht die Scheidung nach sich?	63
1.	Inwieweit bestehen gesetzliche Unterhaltsansprüche zwischen den Geschiedenen fort?	63
2.	Hat die Scheidung Auswirkungen auf das gesetzliche Unterhaltsrecht der Kinder?	63
3.	Wie ist das Verhältnis zwischen Geschiedenen- und Kindesunterhalt gestaltet?	64
4.	Welches Vermögen wird nach dem Gesetz auf welche Weise zwischen den Geschiedenen aufgeteilt?	65
5.	Berücksichtigung von bestehenden, dh zuvor geschlossenen Eheverträgen zwischen den Ehepartnern für Vermögensaufteilung, Ausgleich von vermögenswerten Leistungen zwischen den Ehepartnern und Unterhaltsregelungen	67
6.	Möglichkeiten der nachträglichen, dh im Zuge der Scheidung vorgenommenen Regelung für Vermögensaufteilung, Ausgleich von vermögenswerten Leistungen zwischen den Ehepartnern und Unterhaltsregelungen	67
C.	Welche Auswirkungen hat das Ableben eines Ehepartners im Zusammenhang eines Scheidungsverfahrens?	68
D.	Welche Auswirkungen hat die Ehescheidung/ Auflösung der Lebensgemeinschaft auf eine Stellung des ehemaligen Partners im Familienunternehmen des anderen?	69
IV.	Phase 4: Familie mit volljährigen Kindern und Vorbereitung der Vermögensnachfolge im Hinblick auf das künftige Ableben des Lebensgefährten/Ehepartners/Elternteils	74
A.	Wie ist der Rechtsrahmen für die Vertretung eines Lebensgefährten/Ehepartners/Elternteils im Alter und bei Krankheit, dh bei Beschränkung bzw Wegfall der Geschäftsfähigkeit, gestaltet (insb maßgeblich für den Träger des überwiegenden Vermögens, etwa für den „Unternehmer“ in der Familie)?	74
1.	Welche gesetzlichen Vertretungsmodelle bestehen (gesetzliche Vertretungsmacht bestimmter Angehöriger, gerichtlich bestellte Sachwalter etc)?	74
2.	Welche privatautonom gesteuerten Vertretungsmodelle bestehen (Vorsorgevollmacht etc)?	81
3.	Welche gesellschaftsrechtlichen ad-hoc- und Vorsorgemaßnahmen stehen zur Verfügung, um für solche Fälle eine funktionierende Unternehmensführung zu gewährleisten	84
B.	Wie ist der gesetzliche (erbrechtliche) Rahmen für die Vermögensnachfolge als Ausgangspunkt für die Vermögensnachfolgeplanung im Hinblick auf das Ableben eines Lebensgefährten/Ehepartners/Elternteils gestaltet?	85
C.	Wie ist der Rechtsrahmen für eine gewillkürte Vermögensnachfolge auf den Todesfall gestaltet?	87
1.	Welche Gestaltungsmöglichkeiten bestehen?	87
a)	Testament – Erbvertrag – Rechtsgeschäfte auf den Todesfall; Auflagen, Ersatz-/Nacherbschaften, Teilungsanordnungen etc	87
b)	Welche Grenzen und Risiken („Angriffsmöglichkeiten“) bestehen (Irrtumsanfechtung, Formwidrigkeit, fehlende Testierfähigkeit, Sittenwidrigkeit [zB diskriminierende Geschlechterklauseln] etc)? ..	93
D.	Wie ist der Rechtsrahmen für eine privatautonome Vermögensnachfolge unter Lebenden gestaltet?	94
1.	Welche Gestaltungsmöglichkeiten bestehen?	94

E. Welche Möglichkeiten einer Vermögensnachfolge mit Übertragung an einen „eigentümerlosen“ Rechtsträger – insb (Privat)Stiftung, Trust – stehen zur Verfügung?	96
F. Welche besonderen Gestaltungsmöglichkeiten bestehen im Gesellschaftsrecht im Zusammenhang mit der Vermögensnachfolge auf den Todesfall bzw unter Lebenden?	98
1. Gesetzliche Ausgangslage und gesellschaftsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten im Überblick	98
G. Bestehen besonderen Gestaltungsmöglichkeiten für Ehepartner/Lebensgefährten, die sich auf die Vermögensnachfolge auf den Todesfall auswirken (s bei den Güterständen)?	103
H. Überblick: Welche zwingenden Gestaltungsgrenzen, insb des Pflichtteilsrechts, sind bei der Planung einer Vermögensnachfolge auf den Todesfall bzw unter Lebenden zu berücksichtigen?	104
V. Phase 5: Familie nach dem Ableben des Lebensgefährten/ Ehepartners/Elternteils	110
A. Das rechtliche Schicksal des Vermögens des Verstorbenen nach dem Ableben	110
1. Fällt die Verlassenschaft unmittelbar an die Erben oder bildet die Verlassenschaft eine eigenständige juristische Person?	110
2. Wie ist die Verwaltung und Vertretung der Verlassenschaft geregelt? ..	111
3. Welche rechtlichen Rahmenbedingungen gelten bei einer Mehrheit von Erben?	113
B. Welche unmittelbaren Auswirkungen hat das Ableben eines Unternehmers auf das Familienunternehmen?	115
1. Verlust als Gesellschafter	115
2. Verlust als Organmitglied	118
C. Wie ist die Interessenwahrung und Vertretung von Minderjährigen im Verlassenschaftsverfahren bzw bei der Verwaltung der Verlassenschaft geregelt?	121
1. Wer vertritt diese Personen?	121
2. Welche Kontrolle besteht?	122
3. Kapitel Länderbericht Österreich	125
I. Phase 1: Eingehen einer Beziehung – Lebensgemeinschaft und Ehe	127
A. Wann beginnt die Lebensgemeinschaft (auch „Familiengründung“) im Rechtssinn?	127
1. Voraussetzungen nach der Rechtsprechung	127
2. Bestehen unterschiedliche Voraussetzungen im Hinblick auf maßgebliche Rechtsgebiete, etwa Erb-, Wohn-, Sozialversicherungs-, Steuerrecht?	128
B. Welche vermögensrelevanten Rechtswirkungen hat das Eingehen einer Lebensgemeinschaft?	128
1. Bestehen gesetzliche Rechtsfolgen (Güterstand, Unterhaltpflicht, etc)? ..	128
2. Entstehen mit dem Eingehen einer Lebensgemeinschaft allgemeine Treue- bzw Beistandspflichten?	129
3. Welche Möglichkeiten zur vertraglichen Regelung der Vermögensverhältnisse bestehen für die Lebensgemeinschaft („Partnerschaftsvertrag“)?	129
C. Wie wird die Erbringung vermögenswerter Leistungen eines Lebensgefährten an den anderen Lebensgefährten, für die nicht unmittelbar eine äquivalente Gegenleistung erbracht wird, rechtlich qualifiziert und ausgeglichen?	130
1. Annahme einer GesBr (§§ 1175 ff ABGB)	132

2. Schenkungen (§§ 938 ff ABGB)	133
3. Bereicherungsrecht	133
4. Mitarbeit im Unternehmen des Lebensgefährten	134
D. Welche vermögensrelevanten Rechtswirkungen hat die Eheschließung?	134
1. Welche gesetzlichen Rechtsfolgen treten ein?	135
a) Gesetzlicher Güterstand	135
b) Haftung („Schlüsselgewalt“)?	135
c) Unterhaltsrecht	136
d) Höhe der Unterhaltsleistung	136
e) Bemessungsgrundlage	137
2. Welche Möglichkeiten zur Abweichung von den gesetzlichen Rechtsfolgen und zur vertraglichen Regelung der Vermögensverhältnisse bestehen für die Ehe („Ehevertrag“)?	138
a) Allgemeines	138
b) Ehe- und Partnerschaftspakte (§ 1217 ABGB)	138
c) Vertragliche Vorwegvereinbarungen für den Fall der Scheidung	139
3. Bestehen institutionalisierte Mechanismen zur Aufklärung über die gesetzlichen Rechtsfolgen der Ehe und die Abweichungsmöglichkeiten dazu?	140
4. Wie wird die Erbringung vermögenswerter Leistungen eines Ehepartners an den anderen Ehepartner, für die nicht unmittelbar eine äquivalente Gegenleistung erbracht wird, rechtlich qualifiziert und ausgeglichen?	140
a) Mitwirkung im Erwerb des anderen – Abgeltungsanspruch gem § 98 ABGB	140
E. Welche Gestaltungsmöglichkeiten bestehen für eine „gute“ Mitwirkung des Lebensgefährten/Ehepartners im Familienunternehmen?	141
1. Verschaffung von Eigentum an Familienunternehmen	141
a) Kontrolle der Eigentumsübertragung an Kapitalgesellschaften	142
b) Kontrolle der Eigentumsübertragung an Personengesellschaften	145
2. Verschaffung von Macht und Ertrag am Familienunternehmen	145
a) Ausgestaltung der Eigentümerposition – Gesellschafterstellung	145
aa) Gestaltung des Stimmrechts	146
bb) Gestaltung der Geschäftsführungs- und Vertretungsmacht in Personengesellschaften	146
cc) Gestaltung der Gewinnverteilung	147
dd) Sonstige Sonderrechte des Gesellschafters	147
b) Verschaffung einer sonstigen Rechtsposition ohne Eigentum	149
c) Begünstigtenstellung in Privatstiftung oder vergleichbarem Rechtsträger	150
d) Organmandate in der Gesellschaft	151
F. Welche Möglichkeiten bestehen, durch gesellschaftsrechtliche Gestaltung auf die vermögensrechtliche Gestaltung zwischen Gesellschaftern und ihren Partnern Einfluss zu nehmen?	151
II. Phase 2: Jungfamilie mit minderjährigen Kindern	152
A. Inwieweit besteht ein gesetzliches Unterhaltsrecht von Minderjährigen? ..	152
1. Voraussetzungen, Dauer, Ausmaß etc	152
2. Bestehen Unterschiede für eheliche, uneheliche, adoptierte Kinder?	155
3. Zieht die Ungleichbehandlung von Kindern beim gewährten Unterhalt (über das gesetzliche Maß hinaus) Rechtsfolgen nach sich?	155
B. Wie ist der sonstige vermögensrechtliche Rahmen für Minderjährige gestaltet?	155
1. Allgemeine Regelungen der beschränkten Geschäftsfähigkeit und Vertretung von Minderjährigen (ausreichende Geschäftsfähigkeit des	

Minderjährigen – Vertretungsregelungen für Eltern – Zustimmungsbefugnis des Gerichts)	155
2. Nach welchen Vorgaben haben die Eltern das Vermögen des Minderjährigen zu verwalten und den Minderjährigen zu vertreten? Können die Eltern in bestimmten Situationen zum eigenen Nutzen auf das Vermögen greifen? Welche Sicherungsmechanismen bestehen für den Minderjährigen (Haftung, Zustimmungsbefugnis des Gerichts, Vormundbestellung etc)?	159
III. Phase 3: Beendigung der Beziehung – Ehescheidung und Auflösung einer Lebensgemeinschaft	162
A. Welche vermögensrelevanten Rechtswirkungen hat die Auflösung einer Lebensgemeinschaft?	162
1. Wann gilt eine Lebensgemeinschaft als beendet?	163
2. Hat die Auflösung der Lebensgemeinschaft Auswirkungen auf das Unterhaltsrecht der Kinder?	163
B. Wie ist der grundlegende Rechtsrahmen für die Scheidung einer Ehe gestaltet?	163
1. Welche Möglichkeiten bestehen zur einseitigen Durchsetzung einer Scheidung (Scheidung aus Verschulden, Scheidung nach Trennung/Auflösung der häuslichen Gemeinschaft etc)?	163
a) Scheidung wegen Verschuldens (§ 49 EheG)	164
aa) Allgemeine Ausschließungsgründe	164
b) Scheidung aus anderen Gründen (auf geistige Störung beruhendes Verhalten, Geisteskrankheit, ansteckende oder ekelregegende Krankheit – §§ 50–52 EheG)	165
c) Scheidung wegen Auflösung der häuslichen Gemeinschaft (§ 55 EheG)	165
aa) Widerspruchsrecht – Antrag auf Ausspruch des Zerrüttungsverschuldens	165
2. Zur einvernehmlichen Scheidung	166
a) Voraussetzungen	166
b) Bestehen institutionalisierte Mechanismen für die außergerichtliche Herbeiführung einer einvernehmlichen Scheidung (Schiedsgerichtsbarkeit, Mediation, Schlichtungsstellen etc)?	166
C. Welche vermögensrelevanten Rechtswirkungen zieht die Scheidung nach sich?	167
1. Inwieweit bestehen gesetzliche Unterhaltsansprüche zwischen den Geschiedenen fort?	167
a) Nachehelicher Unterhalt	167
b) Unterhaltsanspruch je nach Scheidungsart	168
aa) Verschuldensscheidung	168
bb) Scheidung aus anderen Gründen	169
cc) Einvernehmliche Scheidung	170
2. Hat die Scheidung Auswirkungen auf das gesetzliche Unterhaltsrecht der Kinder?	170
3. Wie ist das Verhältnis zwischen Geschiedenen- und Kindes-Unterhalt gestaltet?	171
4. Inwieweit bestehen gesetzliche Auswirkungen in den Rechtsbereichen, die an die Ehe anknüpfen (Erb-, Wohn-, Sozialversicherungs-, Steuerrecht etc)?	171
a) Erbrecht	171
b) Wohnungsschutz wirkt im Aufteilungsverfahren fort	171
c) Sozialversicherungsrechtliche Scheidungsfolgen	171

aa) Krankenversicherung (KV)	171
bb) Pensionsversicherung – Hinterbliebenenpension	171
5. Welches Vermögen wird nach dem Gesetz auf welche Weise zwischen den Geschiedenen aufgeteilt?	172
a) Welches Vermögen wird in die Aufteilung einbezogen? Bestehen maßgebliche Ausnahmen (Unternehmerisches Vermögen, Schenkungen, Erbschaften etc)?	172
b) Nach welchen Grundsätzen (fixe Aufteilungsquote – flexible Aufteilungsquote – Billigkeit etc) und auf welche Weise (Naturalteilung – Ausgleichszahlungen – Stundungsmöglichkeiten) wird aufgeteilt? Welche maßgeblichen Faktoren werden – gegebenenfalls – berücksichtigt (bisherige, unentgeltliche Tätigkeit im Erwerb des anderen Ehepartners, Verschulden, individuelle Leistungsfähigkeit, erbrachte sonstige Beiträge während aufrechter Ehe etc)?	173
aa) Naturalteilung – Ausgleichszahlung	174
c) Welcher Schutz besteht gegenüber „Umgehungstechniken“ (unentgeltliche Verringerung des aufteilungsunterworfenen Vermögens, Thesaurierung oder Verschiebung von Vermögenswerten in das privilegierte Vermögen etc)?	175
d) Schicksal der gemeinsamen Verbindlichkeiten der Geschiedenen ...	175
6. Berücksichtigung von bestehenden, dh zuvor geschlossenen Eheverträgen zwischen den Ehepartnern für Vermögensaufteilung, Ausgleich von vermögenswerten Leistungen zwischen den Ehepartnern und Unterhaltsregelungen	175
a) Zwingende Gestaltungsgrenzen (Sittenwidrigkeit etc)	176
b) Durchsetzbarkeit?	177
7. Berücksichtigung von sonstigen Rechtsgrundlagen für den Ausgleich von vermögenswerten Leistungen zwischen den Ehepartnern (vermögensrelevante Verträge, GesB R sowie das Bereicherungsrecht) ..	177
8. Möglichkeiten der nachträglichen, dh im Zuge der Scheidung vorgenommenen Regelung für Vermögensaufteilung, Ausgleich von vermögenswerten Leistungen zwischen den Ehepartnern und Unterhaltsregelungen	177
D. Welche Auswirkungen hat das Ableben eines Ehepartners im Zusammenhang eines Scheidungsverfahrens?	177
E. Welche Auswirkungen hat die Ehescheidung/ Auflösung der Lebensgemeinschaft auf eine Stellung des ehemaligen Partners im Familienunternehmen des anderen?	178
1. Ausschluss eines Gesellschafters	178
a) Personengesellschaften	178
b) Kapitalgesellschaften	179
2. Ausscheiden eines ehemaligen Partners aus einem Organmandat	179
3. Aufgriffs- und Ausschlussregelungen	181
IV. Phase 4: Familie mit volljährigen Kindern und Vorbereitung der Vermögensnachfolge im Hinblick auf das künftige Ableben des Lebensgefährten/Ehepartners/Elternteils	182
A. Wie ist der Rechtsrahmen für die Vertretung eines Lebensgefährten/Ehepartners/Elternteils im Alter und bei Krankheit, dh bei Beschränkung bzw Wegfall der Geschäftsfähigkeit, gestaltet (insb maßgeblich für den Träger des überwiegenden Vermögens, etwa für den „Unternehmer“ in der Familie)?	182
1. Welche privatautonom gesteuerten Vertretungsmodelle bestehen? – Vorsorgevollmacht	183

2. Welche gesetzlichen Vertretungsmodelle bestehen?	184
a) Gewählte Erwachsenenvertretung	184
b) Gesetzliche Erwachsenenvertretung	184
c) Gerichtliche Erwachsenenvertretung	185
3. Welche gesellschaftsrechtlichen ad-hoc- und Vorsorgemaßnahmen stehen zur Verfügung, für solche Fälle eine funktionierende Unternehmensführung zu gewährleisten?	186
a) Personengesellschaften	187
b) Kapitalgesellschaften	188
B. Wie ist der gesetzliche (erbrechtliche) Rahmen für die Vermögensnachfolge als Ausgangspunkt für die Vermögensnachfolgeplanung im Hinblick auf das Ableben eines Lebensgefährten/Ehepartners/Elternteils gestaltet?	189
1. Gesetzliche Erbfolge	189
2. Pflichtteilsrecht	190
3. Sondernachfolgen: Wohnrecht und gesetzliches Vorausvermächtnis ...	190
4. Pflegevermächtnis	191
5. Unterhalt im Todesfall	191
C. Wie ist der Rechtsrahmen für eine gewillkürte Vermögensnachfolge auf den Todesfall gestaltet?	192
1. Letztwillige Verfügung	192
2. Sonstige Rechtsgeschäfte auf den Todesfall	195
D. Wie ist der Rechtsrahmen für eine privatautonome Vermögensnachfolge unter Lebenden gestaltet?	196
1. Vorweggenommene Erbfolge	196
2. Flankierende Vereinbarungen	197
E. Welche Möglichkeiten einer Vermögensnachfolge mit Übertragung an einen „eigentümerlosen“ Rechtsträger – insb (Privat)Stiftung, Trust – stehen zur Verfügung?	199
1. Privatstiftung	199
2. Machterhalt bei Vermögensübertragung auf eine Gesellschaft	201
F. Welche besonderen Gestaltungsmöglichkeiten bestehen im Gesellschaftsrecht im Zusammenhang mit der Vermögensnachfolge auf den Todesfall bzw unter Lebenden?	202
1. Übergabe unter Lebenden	202
2. Übergabe auf den Todesfall	203
a) Überblick	203
b) Rechtsfolgen des Ablebens des Gesellschafters und Übergabe auf den Todesfall	204
aa) Anteile an Kapitalgesellschaften	204
bb) Anteile an Personengesellschaften	206
c) Gesellschaftsrechtliche Gestaltungen zur Steuerung der Nachfolge	208
aa) Anteile an Kapitalgesellschaften	208
bb) Anteile an Personengesellschaften	208
G. Bestehen besondere Gestaltungsmöglichkeiten für Ehepartner/Lebensgefährten, die sich auf die Vermögensnachfolge auf den Todesfall auswirken (s bei den Güterständen)?	211
H. Welche zwingenden Gestaltungsgrenzen, insb des Pflichtteilsrechts, sind bei der Planung einer Vermögensnachfolge auf den Todesfall bzw unter Lebenden zu berücksichtigen?	213
1. Wie ist der grundlegende Rechtsrahmen für das Pflichtteilsrecht gestaltet?	214
2. Welche Möglichkeiten bestehen zur Deckung des Pflichtteils?	215

3. Hinzurechnung (= Erhöhung der Berechnungsgrundlage für alle Pflichtteile) und Anrechnung (= Deckung des Pflichtteils des Geschenknehmers) von Schenkungen unter Lebenden	216
4. Welche Möglichkeiten bestehen zur Beschränkung oder Vermeidung von Pflichtteilen?	218
5. Welche Gestaltungsgrenzen sind neben dem Pflichtteilsrecht zu berücksichtigen?	219
a) Gesetzliche Vermächtnisse	219
b) Steuerrecht	219
c) Anerbenrecht und Wohnungseigentumsrecht als Sondererfolgen	220
d) Pflegeregress	221
V. Phase 5: Familie nach dem Ableben des Lebensgefährten/Ehepartners/Elternteils	221
A. Das rechtliche Schicksal des Vermögens des Verstorbenen nach dem Ableben – allgemeine Fragen	221
1. Fällt die Verlassenschaft unmittelbar an die Erben oder bildet die Verlassenschaft eine eigenständige juristische Person?	221
2. Wie ist die Verwaltung und Vertretung der Verlassenschaft geregelt? ..	222
3. Welche rechtlichen Rahmenbedingungen gelten bei einer Mehrheit von Erben?	223
B. Welche unmittelbaren Auswirkungen hat das Ableben eines Unternehmers auf das Familienunternehmen?	224
1. Verlust als Gesellschafter	225
2. Verlust als Organmitglied	227
C. Wie ist die Interessenwahrung und Vertretung von Minderjährigen und volljährigen Nachfolgern mit beschränkter/fehlender Geschäftsfähigkeit im Verlassenschaftsverfahren bzw bei der Verwaltung der Verlassenschaft geregelt?	228
1. Wer vertritt diese Personen?	228
2. Welche Kontrolle besteht?	228
4. Kapitel Länderbericht Schweiz	231
I. Allgemeine Einleitung	233
II. Phase 1: Vermögensrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten in Lebensgemeinschaft und Ehe	234
A. Paarkonstellationen im Recht	234
B. Die Lebensgemeinschaft	235
1. Im Allgemeinen	235
2. In der Praxis gängige Vorkehren	237
3. Partnerschaftsverträge als Instrumente der Vermögensplanung	242
4. Lebenspartner und Familienunternehmen	243
5. Rechtliche Folgen gegenüber Dritten	248
6. Zwischenergebnis	249
C. Die Ehe	250
1. Im Allgemeinen	250
2. Das Ehegüterrecht	251
3. Besonderheiten für verheiratete Paare im Gesellschaftsrecht?	257
D. Die eingetragene Partnerschaft	258
E. Schlussfolgerungen	259
III. Phase 2: Die Jungfamilie mit minderjährigen Kindern	260
A. Fragestellung	260
B. Die Vermögensplanung in Bezug auf minderjährige Kinder	260
1. Im Allgemeinen	260
2. Unterhaltsrecht	261

3. Gesetzliche Vertretung und eigene Handlungsfähigkeit	
Minderjähriger	267
4. Das Vermögen Minderjähriger	270
a) Verwaltung und Verwendung des Vermögens: allgemeine Grundsätze	270
b) Besondere Fragestellungen	272
C. Die Vorsorge für den Ehe- oder Lebenspartner	276
D. Schlussfolgerungen	277
IV. Phase 3: Zerrüttung und Auflösung der Beziehung	277
A. Fragestellung	277
B. Die Lebensgemeinschaft	278
1. Rechtsfolgen für die Partner	278
2. Rechtsfolgen für die Kinder	280
3. Ehekrisis: gesetzliche Schutzmaßnahmen, Ehetrennung	281
4. Eheschutzmaßnahmen (ZGB 171ff)	281
5. Ehetrennung (ZGB 117)	283
C. Ehescheidung	283
1. Arten der Scheidung	284
a) Scheidung auf gemeinsames Begehr (ZGB 111 und 112)	284
b) Scheidung auf Klage eines Gatten nach zwei Jahren Getrenntleben (ZGB 114)	285
c) Scheidung auf Klage eines Ehegatten wegen Unzumutbarkeit des Weiterführens der Ehe (ZGB 115)	286
2. Rechtswirkungen der Scheidung (ZGB 119–134f)	287
a) Güterrechtliche Auseinandersetzung	288
b) Nachehelicher Unterhalt	290
c) Folgen der Scheidung in Bezug auf die Kinder	294
d) Sonstige Wirkungen der Scheidung mit Folgen für die Vermögensplanung	295
D. Gesellschaftsrechtliche Folgen der Auflösung der Lebensgemeinschaft oder der Ehe	299
E. Schlussfolgerungen	302
V. Phase 4: Vorbereitung von Ruhestand, Handlungsunfähigkeit und Nachlass ..	303
A. Fragestellung	303
B. Vorsorge für Handlungs- und Urteilsunfähigkeit	304
1. Allgemeines zur Handlungsunfähigkeit Volljähriger	304
2. Die eigene Vorsorge (ZGB 369 ff, OR 394 ff und 32 ff)	306
3. Automatische gesetzliche Wirkungen der Urteilsunfähigkeit	309
4. Mögliche Maßnahmen der Erwachsenenschutzbehörde	310
5. Sonderfragen für Unternehmen	315
a) Auflösung einer Gesellschaft bzw eines Unternehmens	315
b) Keine fortgeführte unbeschränkte Haftung des Gesellschafters	317
c) Keine Stellung als Geschäftsführer oder als Organ einer Gesellschaft	318
d) Ausübung der Gesellschafterrechte	320
C. Vorsorge im Hinblick auf den Todesfall	320
1. Vermögensübertragung zu Lebzeiten des Verfügenden	320
a) Schenkung (OR 239 ff)	321
b) Verkauf (OR 184 ff)	324
c) Stiftung und Trust	325
d) Sonstige übliche Mittel der lebzeitigen Vermögensübertragung	327
e) Insb Übertragung von Unternehmen	328
2. Verfügungen von Todes wegen	332
a) Die Verfügungsfähigkeit	332
b) Formvorschriften	332

c) Der gesetzlich zulässige Inhalt letztwilliger Verfügungen	333
d) Verfügung über ein Unternehmen	337
D. Schlussfolgerungen	340
VI. Phase 5: Das Familienvermögen nach dem Ableben des Lebensgefährten/Ehepartners	341
A. Fragestellung	341
B. Eröffnung des Erbgangs und Bestimmung der Nachfolger	341
1. Eröffnung des Erbgangs	341
2. Die gesetzliche Erbfolge	343
3. Die gewillkürte Erbfolge als Alternative oder Zusatz zur gesetzlichen Erbfolge	345
C. Beschränkungen der Verfügungsfreiheit	346
1. Pflichtteil und verfügbare Quote	346
2. Ausgleichung und Herabsetzung	348
a) Die Ausgleichung (ZGB 626 ff)	348
b) Die Herabsetzung (ZGB 522 ff)	350
D. Abwicklung des Nachlasses	351
1. Die Erbengemeinschaft, Nachlass und Sicherungsmaßnahmen	351
2. Teilung der Erbschaft	354
a) Berechnungsmasse	354
b) Teilungsverfahren	354
E. Sonderfragen	357
1. Erbfähigkeit und -würdigkeit	357
2. Minderjährige und verbeiständete Nachfolger	357
3. Auswirkungen des Ablebens des Gesellschafters oder Geschäftsführer auf das Unternehmen	358
a) Bestand des Unternehmens und Übertragung der Mitgliedschaft an die Erben	358
b) Übernahme einer Geschäftsführer- oder Organstellung des Verstorbenen	358
F. Schlussfolgerungen	360
Teil 2 Rechtsvergleiche und Fälle	363
5. Kapitel Rechtsvergleich zu Lebensphase 1	
Vermögensrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten in Lebensgemeinschaft und Ehe	363
I. Einführung	363
II. Die Lebensgemeinschaft	364
A. Definition	364
B. Die rechtlichen Wirkungen der Lebensgemeinschaft	365
1. Im Allgemeinen	365
2. Partnerschaftsvertrag	367
3. Sonstige Verträge	370
C. Zwischenergebnis	372
III. Die Ehe	373
A. Allgemeines	373
B. Definition	373
C. Rechtsfolgen der Ehe I: die allgemeinen Wirkungen der Ehe	373
D. Rechtsfolgen der Ehe II: das Güter(stands)recht	374
1. Ordentlicher/gesetzlicher Güterstand	375
2. Andere Güterstände	377
3. Abänderungen und Wechsel des Güterstands	379
E. Rechtsfolgen der Ehe III: Vermögensrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten der Ehegatten außerhalb der Güterstände	381

IV. Gesellschaftsrechtliche Fragen	383
A. Beteiligung am Unternehmen	383
1. Personengesellschaften	384
a) Gesellschafterstellung	384
b) Vermögensrechte	384
c) Willensbildung	385
d) Geschäftsführung	385
2. Kapitalgesellschaften	386
a) Gesellschafterstellung	386
b) Vermögensrechte	387
c) Willensbildung	388
d) Geschäftsführung	389
B. Rückforderungsmöglichkeiten bei Trennung oder bei Tod des neu beteiligten Gesellschafter-Partners	390
C. Einfluss des Gesellschaftsrechts auf die vermögensrechtliche Gestaltung der Familienbeziehungen	390
V. Fazit	391

Fallbeispiel zu Lebensphase 1

Das junge Paar: heiraten oder (weiterhin) unverheiratet zusammenleben?	393
I. Sachverhalt	393
II. Lösung aus Sicht des Schweizer Rechts	394
A. Lösungen für Lea und Friedrich	394
B. Weiterführen der Lebensgemeinschaft	394
C. Verheiratung	397
D. Lösungen für Imelda und Robert	400
E. Verheiratung	401
III. Kurzlösung aus Sicht des deutschen Rechts	403
A. Überlegungen zum Weiterführen der Lebensgemeinschaft	403
1. Lea und Friedrich	403
2. Imelda und Robert	404
B. Überlegungen zur Verheiratung	404
1. Lea und Friedrich	405
2. Imelda und Robert	406
IV. Kurzlösung aus Sicht des österreichischen Rechts	406
A. Nicht formalisierte Lebensgemeinschaft	406
1. Lea und Friedrich – Partnerschaftsvertrag und GesBR	406
2. Imelda und Robert – Vermögensverlagerung und Vorsorgevollmacht	407
B. Eingehen einer Ehe	408
1. Lea und Friedrich – Eheguterrecht, Vorwegvereinbarungen, Unterhalt	408
2. Imelda und Robert – Eheguterrecht, Unterhalt, Verlust der Geschäftsfähigkeit	408
C. Mitarbeit im Unternehmen des Partners	409
1. Abgeltung der bisherigen Leistung von Lea im Unternehmen von Friedrich	409
2. Verschaffung von Macht und Ertrag am Familienunternehmen	410
3. Gesellschaftsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Vermögensverhältnisse zwischen den Partnern	410
6. Kapitel Rechtsvergleich zu Lebensphase 2	
Jungfamilie mit minderjährigen Kindern	411
I. Gesetzlicher Rahmen und Gestaltungsmöglichkeiten	411
II. Kindesunterhalt	412
A. Berechtigte und Verpflichtete	412
B. Bedarf, Beitrag des Kindes	412

C. Form und Bemessung	413
D. Dauer, Wegfall des Anspruches	414
III. Kindesvermögen	415
A. Geschäftsfähigkeit Minderjähriger	415
B. Vermögensverwaltung und gesetzliche Vertretung Minderjähriger	416
1. Vermögensverwaltung ieS	416
2. Grundmodelle der gesetzlichen Vertretung	416
3. Interessenkollision	419
4. Überwachung der Vermögensverwaltung, Rechnungslegung	421
C. Minderjährige Gesellschafter/Erben	421
IV. Fazit	424
Fallbeispiel zu Lebensphase 2	426
I. Sachverhalt	426
II. Lösung aus Sicht des österreichischen Rechts	427
III. Kurzlösung aus Sicht des deutschen Rechts	432
A. Ungleichbehandlung der Geschwister	432
B. Dietmars Ansprüche gegen Bertram	433
C. Vermögenssorge für das Erbe von Erwin/GmbH	433
IV. Kurzlösung aus Sicht des Schweizer Rechts	434
A. Unterhalt der Kinder und Unterhaltsverpflichtete	434
B. Erbberechtigung der Nachkommen	435
C. Minderjährige im Unternehmen	436
7. Kapitel Rechtsvergleich zu Lebensphase 3	
Beendigung der Beziehung – Ehescheidung und Auflösung einer Lebensgemeinschaft	437
I. Vorüberlegungen: Sachprobleme und Regelungsansätze	437
A. Inhaltliche Schwerpunkte	437
1. Beziehungskrise, Auflösung der Lebensgemeinschaft und Scheidung	437
2. Vermögensrechtliche Folgen einer Scheidung	437
3. Auswirkungen einer Scheidung auf die Führung eines Familienunternehmens	438
II. Krise, Trennung und Scheidung	438
A. Eheschutzmaßnahmen	438
B. Ehescheidung gegen den Willen des Partners	438
C. Einvernehmliche Scheidung	440
D. Außergerichtliche Maßnahmen im Rahmen der Scheidung	441
III. Vermögensrechtliche Scheidungsfolgen	442
A. Nachehelicher Unterhalt	442
1. Gesetzlicher nachehelicher Unterhalt	442
2. Vereinbarungen über den nachehelichen Unterhalt	446
3. Bewertung	447
4. Auswirkungen der Trennung auf den Kindesunterhalt	448
B. Nacheheliche Vermögensaufteilung	449
1. Begriff der nachehelichen Aufteilung	449
2. Regelung der nachehelichen Aufteilung in den einzelnen Staaten	449
3. Auswirkungen der Gütertrennung auf die nacheheliche Aufteilung	451
4. Bewertung	452
5. Fallkonstellationen	452
a) Deutschland	452
b) Österreich	453
c) Schweiz	453
C. Einseitige Vermögensminderungen	453

D. Gesetzliche Auswirkungen in den Rechtsbereichen, die an die Ehe anknüpfen	454
1. Zuteilung der Ehewohnung	454
2. Schicksal der gemeinsamen Verbindlichkeiten der Geschiedenen	455
E. Vereinbarungen über Vermögensaufteilung, Ausgleich von vermögenswerten Leistungen und Unterhaltsregelungen	455
IV. Auflösung einer Lebensgemeinschaft und deren vermögensrechtliche Folgen	457
V. Auswirkungen der Scheidung auf die Führung eines Familienunternehmens	459
A. Ausschluss des ehemaligen Partners aus der Gesellschafterstellung im Familienunternehmen	459
1. Personengesellschaften	459
2. Kapitalgesellschaften	459
B. Ausschluss des ehemaligen Partners aus einer Organstellung im Familienunternehmen	461
Fallbeispiel zu Lebensphase 3	464
I. Sachverhalt	464
A. Grundsachverhalt	464
B. Variante	466
II. Fragestellungen	466
A. Welche Interessen verfolgt Elke?	466
1. Scheidung	466
2. Unterhalt	466
3. Nacheheliche Vermögensaufteilung	466
B. Wie kann Erwin das Unternehmen bestmöglich schützen?	467
1. Erhalt des Familienunternehmens	467
2. Ausschluss aus einer Stellung im Unternehmen	467
III. Lösung aus Sicht des österreichischen Rechts	467
A. Grundsachverhalt	467
1. Scheidung	467
2. Nachehelicher Unterhalt	468
3. Sonstige vermögensrechtliche Folgen	470
4. Ausschluss aus einer Stellung im Familienunternehmen	474
B. Variante	475
C. Gestaltungsmöglichkeiten	476
IV. Kurzlösung aus Sicht des deutschen Rechts	478
A. Scheidung	478
B. Nachehelicher Unterhalt	478
C. Sonstige Vermögensaufteilung	478
D. Ausschluss der Stellung im Familienunternehmen	480
E. Variante: Nichteheliche Lebensgemeinschaft	480
F. Gestaltungsmöglichkeiten	481
V. Kurzlösung aus Sicht des Schweizer Rechts	481
A. Scheidungsart und Scheidungsfolgen	481
B. Nachehelicher Unterhalt und sonstige vermögensrechtliche Folgen der Scheidung	481
C. Stellung von Elke im Unternehmen von Erwin	482
D. Unverheiratete Paare	483
8. Kapitel Rechtsvergleich zu Lebensphase 4	
Regelungsprobleme im Zusammenhang mit der Rechtsnachfolge von Todes wegen aus Perspektive der Familienvermögensplanung	485
I. Regelungsbedürftige Sachprobleme	485
II. Vorsorge für den Verlust der Entscheidungsfähigkeit	487
A. Problemaufriss	487

B.	Lösungen nach Verlust der geistigen Fähigkeiten	489
1.	Gesetzliche Vertretung durch Angehörige	489
2.	Gesetzliche Vertretung durch staatliches Verfahren	490
3.	Einsetzung eines Vertreters durch den Geschäftsunfähigen	491
C.	Vorsorge vor Verlust der geistigen Fähigkeiten	491
1.	Besonderheiten für Personengesellschaften	492
2.	Besonderheiten für Kapitalgesellschaften	493
3.	Bewertung	493
III.	Vorsorge für den Tod	494
A.	Interessenlage	494
B.	Rechtsnachfolge unter Lebenden	495
1.	Übertragungsinstrumente	495
2.	Absicherung des Übergebers	496
3.	Übertragung von Unternehmensanteilen	498
4.	Bewertung	499
C.	Rechtsnachfolge von Todes wegen	499
1.	Verfügungen von Todes wegen	499
2.	Übertragung auf eine Stiftung als Gestaltungsoption für Familienunternehmen	501
3.	Besonderheiten für Ehegatten	505
4.	Besonderheiten für Unternehmen	508
a)	Interessenlage	508
b)	Personengesellschaften	508
c)	Kapitalgesellschaften	510
d)	Zulässigkeit sog „Geschlechterklauseln“	511
e)	Bewertung	513
IV.	Zusammenfassung: Strukturelle Parallelen und Unterschiede in den untersuchten Rechtsordnungen	513
A.	Verlust der rechtlichen Handlungsfähigkeit	513
B.	Gewillkürte Rechtsnachfolge	515
V.	Schlussfolgerungen für die Familienvermögensplanung	516
Fallbeispiel zu Lebensphase 4	518
I.	Sachverhalt	518
II.	Lösung aus Sicht des deutschen Rechts	519
A.	Rechtliche Vorsorge für den Fall der Geschäftsunfähigkeit eines Gesellschafters	519
B.	Wirksamkeit der Klausel § 5b)/Nachfolge im Unternehmen	521
C.	Anderweitige Abfindung des S	522
D.	Errichtung einer Stiftung	524
III.	Kurzlösung aus Sicht des österreichischen Rechts	525
IV.	Kurzlösung aus Sicht des Schweizer Rechts	528
A.	Vorbemerkung	528
B.	Frage a): Rechtliche Vorsorge für den Fall der Geschäftsunfähigkeit eines Gesellschafters	528
C.	Frage b): Wirksamkeit der Klausel § 5b)/Nachfolge im Unternehmen	529
D.	Frage c): Anderweitige Abfindung des Simon	530
1.	In der Kollektivgesellschaft	530
2.	In der GmbH	531
a)	Vorbemerkung	531
E.	Frage d): Errichtung einer Stiftung	532
9. Kapitel Rechtsvergleich zu Lebensphase 5	
Familie nach dem Ableben des Partners/Elternteils	533
I.	Überblick	533

A.	Inhaltliche Schwerpunkte	533
1.	Gesetzlicher Rahmen im Erbrecht für die Rechtsnachfolge in das Vermögen nach dem Ableben	533
a)	Gesetzliches Erbrecht	533
b)	Gesetzliche Ansprüche gegen die Erben	533
2.	Zuordnung, Verwaltung und Verfügung über das Vermögen nach dem Ableben	534
B.	Grafische Darstellung in Form von Zeitleisten	535
C.	Strukturelle Unterschiede in der Abwicklung der Rechtsnachfolge	536
1.	Rechtsnachfolge in mehreren Schritten versus Rechtsnachfolge in einem Schritt	536
2.	Obligatorisches Gerichtsverfahren versus gerichtliche/behördliche Maßnahmen bei Bedarf	537
3.	Ruhender Nachlass versus unmittelbarer Rechtserwerb	537
4.	Verzögerte Verwaltung durch Erben unter staatlicher Aufsicht versus sofortige Verwaltung durch Erben ohne staatliche Aufsicht	537
5.	„Antrittserwerb“ versus „Vonselbsterwerb“	537
6.	Nachhaltiger versus beschränkter Einfluss des Erblassers auf Verwaltung und Aufteilung des Vermögens	538
D.	Erste Schlussfolgerungen für die Familienvermögensplanung	538
1.	Modell der „Privatheit“	538
2.	Modell der „hoheitlichen Fürsorge“	539
II.	Gesetzlicher Rahmen für die Vermögensnachfolge nach dem Ableben ohne privatautonome Gestaltung	541
A.	Gesetzliches Erbrecht	541
1.	Anwendbarkeit bei fehlender oder fehlgeschlagener selbstbestimmter Einräumung von Erbrechten durch den Erblasser	541
2.	Gesetzliches Erbrecht ist dispositiv	541
3.	Familienrechtlich begründetes Naheverhältnis als Grundlage des gesetzlichen Erbrechts	542
4.	Grundstruktur des gesetzlichen Erbrechts der Angehörigen	542
a)	Verwandtschaft	542
b)	Ehe oder ehegleiche Beziehung	543
5.	Gesetzliches Erbrecht der Verwandten nach dem Parentelensystem	543
6.	Gesetzliches Erbrecht des Ehegatten/eingetragenen Partners in Abhängigkeit von den Verwandten des Erblassers	544
7.	Subsidiäres gesetzliches Erbrecht der öffentlichen Hand	544
8.	Unterschiedliche Reichweite des gesetzlichen Erbrechts der Verwandten	544
9.	Unterschiede im gesetzlichen Erbrecht des Ehegatten/eingetragenen Partners und des Lebensgefährten	545
a)	Gesetzliches Erbrecht des Ehegatten/eingetragenen Partners	545
b)	Gesetzliches Erbrecht des Lebensgefährten	546
c)	Ergebnis	547
B.	Ausgleich für lebzeitige Zuwendungen an (gesetzliche) Erben zugunsten der übrigen gesetzlichen Erben	547
1.	Reichweite der gesetzlich erfassten Zuwendungen	548
2.	Reichweite des Ausgleichs zulasten der Empfänger und zugunsten der übrigen Erben	549
C.	Besondere gesetzliche Ansprüche des Ehegatten/ eingetragenen Partners und des Lebensgefährten	549
D.	Besondere gesetzliche Ansprüche als Ausgleich für lebzeitige Pflege- und sonstige Leistungen an den Erblasser	551
E.	Unterhaltsrecht	552

F. Pflichtteilsrecht	554
1. Ziele des Pflichtteilsrechts	554
2. Pflichtteilsrecht für besonders nahestehende Personen	554
3. Anteil am Vermögen in Abhängigkeit von gesetzlicher Erbquote	554
4. Zwingende Beschränkung der Verfügungsfreiheit des Erblassers	555
5. Schutz vor Umgehung des Pflichtteilsrechts durch lebzeitige Verringerung des Nachlasses	555
6. Deckung des Pflichtteils und Geltendmachung des Pflichtteilsrechts	556
a) Allgemein	556
b) Ergebnisse	558
7. Berücksichtigung von unentgeltlichen Zuwendungen des Erblassers zu Lebzeiten	558
a) Allgemein	558
b) Ergebnisse	561
G. Gesetzliche Rechte des Ehegatten/eingetragenen Partners im Auflösungsstadium der Ehe/eingetragenen Partnerschaft	563
III. Zuordnung, Verwaltung und Verfügung über das Vermögen nach dem Ableben	564
A. Zuordnung des Vermögens nach dem Ableben	564
B. Verwaltung und Verfügung über das Vermögen	566
1. Verwaltung und Verfügung durch die Erben	566
2. Verwaltung und Verfügung durch gerichtlich/behördlich bestellte Personen	567
a) Verlassenschaftskurator	567
b) Separationskurator	567
c) Nachlasspfleger	568
d) Nachlassverwalter	568
e) Erbschaftsverwalter	569
f) Erbenvertreter	569
g) Erbschaftsliquidator	569
h) Verwaltung und Verfügung durch vom Erblasser bestimmte Personen	570
3. Aufteilung des Vermögens unter mehreren Erben	573
a) Zeitlicher Horizont	575
b) Effizienzsteigernde Gestaltungsmöglichkeiten	575
c) Beschränkte, automatische Teilung der Verlassenschaft	575
4. Verfügungsmöglichkeit des Miterben einer Erbgemeinschaft über „seine Erbschaft“	575
5. Haftung der Erben	577
a) Modell mit Grundsatz unbeschränkter Haftung – Modell ohne Grundsatz	578
b) Inventarisierung als bloße Informationsgrundlage, Voraussetzung oder Auslöser für die Haftungsbeschränkung	579
c) Unterschiedliche Komplexität	579
IV. Auswirkungen des Ablebens auf ein Unternehmen	580
A. Ableben eines Gesellschafters	580
B. Ableben eines Organmitglieds	582
1. Ordnungsgemäße Nachbestellung durch die zuständigen Organe und Personen	582
2. Gerichtliche Nachbestellung bei Erforderlichkeit	582
V. Interessenwahrung und Vertretung von Minderjährigen nach dem Ableben ..	583
A. Gerichtliche Zustimmung für die Vertretung in wichtigen Angelegenheiten der Rechtsnachfolge	583

B. Verhinderung von Interessenkonflikten beim gesetzlichen Vertreter des Pflegebefohlenen	584
Fallbeispiel zu Lebensphase 5 Die Familie nach dem Ableben des Übergebers	586
I. Sachverhalt	586
II. Lösung aus Sicht des österreichischen Rechts	589
III. Kurzlösung aus Sicht des deutschen Rechts	599
IV. Kurzlösung aus Sicht des Schweizer Rechts	601
Teil 3 Thesen	605
10. Kapitel Matrix	605
I. Terminologie und methodische Grundlagen	605
II. Inhaltliche Abgrenzung	606
III. Interessen und Konflikte	607
A. Vorbemerkung	607
B. Vermögensträger	607
C. Familienangehörige	607
1. Konvergente Interessen	607
2. Divergente Interessen	609
a) Teilhabe als Ausprägung der Familiensolidarität	609
b) Abstufungen der Teilhabe	609
c) Grenzen der Teilhabe	610
d) Veränderungen der gesetzgeberischen Interessenbewertungen	610
D. Allgemeininteressen	610
E. Mitgesellschafter	611
1. Kontrollinteresse	611
2. Erwerbsinteresse	612
11. Kapitel Thesen zur Lebensphase 1	615
I. Interessenlage	615
II. Eine minimale materielle Absicherung langjähriger Lebensgefährten ist im Gesetz vorzusehen	616
III. Ein neuer Zivilstand zwischen Ehe und faktischer Lebensgemeinschaft empfiehlt sich, um aktuelle gesellschaftspolitische Ziele (besser und schneller) zu erreichen	617
IV. Die Schweizer Gütertrennung sollte von der Justiz, vom Gesetzgeber, aber auch von den Eheleuten selbst überdacht werden	619
V. Familienrecht und Unternehmensrecht sollen so wenig als möglich vermischt werden	620
VI. Der Grundsatz der ehelichen Solidarität darf nicht ganz dem Vermögenserhalt und der Verfügungsfreiheit des Eigentümer-Ehegatten geopfert werden	621
VII. Schlussbemerkungen	622
12. Kapitel Thesen zur Lebensphase 2	623
I. Vorbemerkungen	623
II. Kinder als Interessenträger	623
III. Kindesunterhalt	624
IV. Kindesvermögen	625
A. Verwaltungsziel	625
B. Tripolarität der Interessen	626
C. Rechtsdurchsetzung	626
D. Unternehmerische Beteiligungen	627

13. Kapitel Thesen zur Lebensphase 3	629
I. Vorbemerkungen	629
II. Ehekrise und Scheidung	630
A. Keine Eheschutzmaßnahmen erforderlich, aber verstärkte Information der Heiratswilligen	630
B. Zerrüttungs- statt Verschuldensprinzip bei der Ehescheidung	630
C. Einvernehmliche Scheidung als Ideallösung	631
D. Zugang zur einvernehmlichen Scheidung ohne formale Schranken	632
III. Vermögensrechtliche Scheidungsfolgen	632
A. Billigkeitsaspekte bei der Vermögensaufteilung nur bei konsequenter richterlicher Umsetzung zielführend	632
B. Fairer Ausgleich zwischen Unternehmer- und Nichtunternehmerehegatten	633
C. Unklarheiten bei der Honorierung von Familienarbeit	634
D. Ausreichende gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Aufteilungsmasse vor missbräuchlichen Dispositionen in Hinblick auf die Scheidung	634
E. Stärkere Ausrichtung des nachehelichen Unterhalts am tatsächlichen Bedarf	635
F. Unterhaltsvereinbarungen zu empfehlen	637
14. Kapitel Thesen zur Lebensphase 4	639
I. Vorsorge für den Verlust der Einsichtsfähigkeit	639
II. Vorsorge für den Tod	640
15. Kapitel Thesen zur Lebensphase 5	645
I. Vorbemerkungen	645
II. Familiensolidarität unter Berücksichtigung der Nähe der Verwandtschaft	645
III. Gesetzliches Erbrecht des Ehegatten in Abhängigkeit von den Verwandten des Erblassers	646
A. Erbrecht des Ehegatten	646
B. Erbrecht des Lebensgefährten	646
IV. Pflichtteilsrecht: „Liquidität“ vs „Recht auf Vermögen des Verstorbenen“	647
A. Testierfreiheit des Erblassers und Familiensolidarität	647
B. Unternehmenserhalt	647
C. Interessenausgleich	647
V. Das Modell „Privatheit“ vs „gerichtliche Verfahrensbegleitung“	648
A. Interesse an einem geordneten Verfahren	648
B. Interesse an einer fortlaufenden Verwaltung	649
VI. „Vonselbsterwerb“ vs „Antrittserwerb“	649